

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Einberufung der Steuerungsgruppe für ein gewaltfreies Zusammenleben

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, die zuletzt am 8. September 2021 tagende „Steuerungsgruppe für ein gewaltfreies Zusammenleben“ zeitnah einzuberufen und wieder auf regelmäßiger Basis Sitzungen abzuhalten, um Vernetzung unter den relevanten Stakeholder zu fördern, Präventionsmaßnahmen gegen den zunehmenden Extremismus zu erarbeiten und Anlassfälle koordiniert zu besprechen.

Begründung

Anfang 2019 wurde von der Oberösterreichischen Landesregierung die Einrichtung der Steuerungsgruppe für ein gewaltfreies Zusammenleben in Oberösterreich beschlossen. Diesem Gremium gehören Vertreter:innen der Integrationsstelle OÖ, der Grundversorgung, der Exekutive, der Justiz, der Kriminalwissenschaft, des Gewaltschutzzentrums, der Bewährungshilfe und der Betreuungsorganisationen an. Die Sitzungen wurden vom Integrationsreferenten quartalsweise und anlassbezogen einberufen. Seit dem Wechsel der Zuständigkeit für das Integrationsressort nach der Landtagswahl 2021 fanden keine Sitzungen der Steuerungsgruppe mehr statt.

Rechtsextreme Tathandlungen in Oberösterreich nehmen zu. Laut Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage verzeichnet unser Bundesland einen Anstieg von 85 Fällen im ersten Halbjahr 2023 auf 125 Fälle im ersten Halbjahr 2024. Auch die instabile geopolitische Lage, der Nahostkonflikt und die aktuellen Ereignisse in Syrien, mit derzeit noch nicht absehbaren Auswirkungen, bergen die Gefahr von Radikalisierung und Gewaltausbrüchen. Laut Verfassungsschutzbericht 2023 stieg die Zahl der islamistisch motivierten Tathandlungen in Oberösterreich im Vergleich zum Vorjahr von 61 auf 89. Die aktuellen Radikalisierungstendenzen in der Gesellschaft erfordern ein koordiniertes Vorgehen aller relevanten Institutionen im Land.

Im Oberösterreichischen Aktionsplan gegen Extremismus heißt es: „Die Arbeit der Steuerungsgruppe soll zu einem respektvollen Umgang miteinander führen, was wiederum Radikalisierung den Nährboden entzieht.“ Die unterzeichneten Abgeordneten fordern daher, dass dieses wichtige Gremium seine Arbeit wieder aufnimmt.

Linz, am 12. Dezember 2024

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Wahl, Engleitner-Neu, Haas, Höglinger, Margreiter, Schaller, Strauss, P. Binder, Heitz

(Anm.: Fraktion der Grünen)

Mayr, Vukajlovic, Ammer, Engl, Bauer, Schwarz, Hemetsberger